



Antrag 001: Gewalt an Schulen: Eine Gefahr für Bildung und Zukunftschancen

Antragsteller/-in: Liberale Frauen Landesverband NRW

Status:

Sachgebiet: Bildung

Der Landesparteitag der FDP-NRW möge beschließen:

Die FDP NRW setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass umfassende Maßnahmenpakete zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen zum Einsatz kommen.

Die Konzentration auf das Lernen erfordert ein sicheres Umfeld

Gewalt an Schulen stellt eine erhebliche Bedrohung für das Wohl und die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen dar. Physische, psychische und digitale Gewalt führen zu Angst, Unsicherheit und Leistungsabfall. Laut aktuellen Statistiken ist die Gewalt an Schulen im Jahr 2023 um 61 Prozent gestiegen. Diese besorgniserregende Entwicklung erfordert dringende Maßnahmen. Während der Regierungsbezirk Münster bereits Handreichungen für Lehrkräfte zur Gewaltprävention bereitstellt, fehlt es in anderen Regierungsbezirken an vergleichbarer Unterstützung. Wir, die Liberalen Frauen, setzen uns dafür ein, dass Gewalt an Schulen konsequent bekämpft wird. Dazu sind präventive Maßnahmen, eine verbesserte Betreuung und schärfere Sanktionen erforderlich.

Maßnahmen gegen Gewalt – für Zukunftschancen

Prävention und Aufklärung:

Verpflichtende Gewaltpräventionsprogramme: Alle Schulen müssen Programme zur Gewaltprävention implementieren, um Schülerinnen und Schüler für das Thema zu sensibilisieren und Gewalt zu verhindern.

Stärkung der Sozial- und Medienkompetenz:

Durch gezielte Unterrichtseinheiten sollen Kinder und Jugendliche lernen, wie sie mit Konflikten umgehen und digitale Medien verantwortungsbewusst nutzen können.

Sensibilisierungskampagnen:

Durch gezielte Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie Eltern sollen die Ursachen und Folgen von Gewalt verdeutlicht werden, um ein gemeinsames Bewusstsein für das Problem zu schaffen.



Unterstützungs- und Beratungsstrukturen:

Mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulpsychologen: Schulen benötigen mehr geschultes Personal, das sich aktiv um Konfliktbewältigung und Präventionsarbeit kümmert.

Anonyme Meldesysteme:

Die Einrichtung von sicheren, anonymen Kanälen zur Meldung von Gewaltfällen gibt Betroffenen die Möglichkeit, Hilfe zu suchen, ohne Angst vor Repressalien haben zu müssen. Analog der Mobbing-Hotline NRW.

Beratungsstellen für Gewaltbetroffene:

Kinder und Jugendliche, die von Gewalt betroffen sind, müssen Zugang zu speziellen Beratungsstellen erhalten, um psychische und emotionale Unterstützung zu erhalten.

Stärkere Sanktionierung von Gewalt:

Klare und transparente Richtlinien: Schulen brauchen klare Handlungsanweisungen im Umgang mit Gewaltfällen, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

Zusammenarbeit zwischen Schulen, Polizei und Jugendamt:

Eine verbesserte Kommunikation und Kooperation zwischen diesen Institutionen ist notwendig, um Gewalt effizient zu bekämpfen und betroffene Kinder zu schützen. Hier ist sicherzustellen, dass alle Schulen die Informationen unaufgefordert erhalten. Aufklärungsveranstaltungen und das Angebot von Besuchen der Expertinnen und Experten vor Ort sollen offensiv beworben werden, wie z. B. das Kommissariat Kriminalprävention im Rhein-Erft Kreis.

Konflikt- und Deeskalationstrainings:

Schülerinnen und Schüler, die durch aggressives Verhalten auffallen, sollten verpflichtend an speziellen Trainings teilnehmen, um alternative Konfliktlösungsstrategien zu erlernen.

Digitale Gewalt bekämpfen:

Programme gegen Cybermobbing entwickeln. Schulen müssen Konzepte zur Prävention und Aufklärung von Cybermobbing in ihre Lehrpläne integrieren.

Schulung von Lehrkräften. Lehrkräfte müssen im Umgang mit digitalen Gewaltformen geschult werden, um betroffene Schülerinnen und Schüler besser unterstützen zu können.

Verpflichtung sozialer Netzwerke. Anbieter sozialer Medien müssen zur besseren Kontrolle und schnelleren Löschung gewalttätiger Inhalte verpflichtet werden. Wobei hier der Fokus auf gewalttätige, menschenverachtende Szenen liegt.

Freies Denken und Lernen darf nicht länger durch eine Atmosphäre der Angst und Gewalt behindert werden.

Die FDP-NRW fordert eine entschlossene Bekämpfung von Gewalt an Schulen durch umfassende Präventionsprogramme, verbesserte Betreuungsstrukturen, konsequente Sanktionen und gezielte Maßnahmen gegen digitale Gewalt. Die alarmierende Zunahme von Gewalt an Schulen seit 2022 erfordert sofortiges Handeln.



Liberale Frauen

Liberale Frauen NRW

Antrag zum LPT der FDP NRW 29.03.2025 Duisburg

100

101

102

103

104

Eine sichere und gewaltfreie Lernumgebung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische und persönliche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen.

105